Nr. 177 B 88 Abend-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Donnerstag, 14. April 1927 V

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 659.

Blutige Kämpfe in Schanghai

Kantontruppen gegen Arbeiter / Der Sturm auf die Munitionsdepots / Ueber 100 Frauen und Kinder getötet

E. v. S. **Schanghai**, 14. April

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

Die Chinesenstadt Schanghais ist gestern der Schauplatz blutiger Kämpfe zwischen den Truppen Tschiang Kai Tschets und chinesischen Kommunisten gewesen. Nachdem in den vorhergehenden Tagen die regulären Truppen den größten Teil der noch bewaffneten Arbeiter entwaffnet hatten und dabei große Mengen von Gewehren und Munition in den dem Gebäude des Oberkommandos der Kantontruppen benachbarten Häusern aufgestapelt worden waren, versuchten gestern die Arbeiter sich mit Gewalt wieder in den Besitz dieser Waffen zu setzen. Da ein Sturm der nur mit Hacken und Beilen bewaffneten Massen aussichtslos gewesen wäre, schickten die Arbeiter eine große Anzahl von Frauen und Kindern voraus, in der Hoffnung, daß die Kantonsoldaten auf diese nicht schießen würden.

Diese Erwartung ging jedoch nicht in Erfüllung. Die starken Wachen der Munitionsdepots gaben Feuer, und über 100 Frauen und Kinder wurden getötet oder schwer verwundet.

General Tschiang Kai Tschek hat daraufhin sämtliche Gewerkschaften für aufgelöst erklärt und ihre Fonds beschlagnahmt. Der Generalstreik, der noch immer nicht ganz beigelegt war, bröckelt jetzt, nachdem die Organisationen der Arbeiter geschlagen sind, mehr und mehr ab.

Am Freitag sollte in Nanking eine Sitzung des Generalkomitees beginnen mit dem Ziele der Gründung einer neuen Partei ausgleichender Richtung. Die neuesten Kriegsereignisse und der Vormarsch der Nordarmee verhindern jedoch die Zusammenkunft.

In einer Jahresversammlung der Steuerzahler der Schanghai-Niederlassung hat der Vorsitzende die einzigartige staatliche Stellung der Niederlassung von Schanghai in der Welt festgestellt, die ihr ein moralisches und legales Recht auf eine Verteidigung durch Waffengewalt gegen Versuche einer Aenderung des jetzigen Zustandes auferlege. Die Versammlung hat erneut einen Antrag auf Zulassung der Chinesen in die öffentlichen Parks abgelehnt, ehe nicht voller Frieden eingetreten ist.

Wie Moskau die Lage sieht

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

eh **Moskau**, 14. April

Die Wendung der Dinge in Schanghai, insbesondere die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter, wird hier mit starker Besorgnis aufgenommen, da man in Moskau der Ansicht ist, daß die Arbeiterschaft Waffen haben müsse für den Fall, daß die Nationalarmee zeitweise zur Räumung Schanghais gezwungen würde. Dazu kommt die Befürchtung, daß die blutigen Vorgänge in Schanghai den endgültigen Bruch zwischen den chinesischen Kommunisten und dem rechten Flügel der Kuomintang herbeiführen werde, den man naturgemäß gern vermeiden würde.

Die Vorgänge in Yünnan

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 14. April

Der Pekinger Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" gibt einige nähere Einzelheiten über die Ereignisse in der chinesischen Grenzprovinz Yünnan, die kürzlich zu der Kanton-Regierung übergegangen ist. Der bisherige Gouverneur der Provinz, Tang Ki Tak, sei beschuldigt worden, die Finanzen der Provinz außerordentlich schlecht verwaltet zu haben. Zwei Untergenerale hätten sich daher empört. Es handele sich um die Generale Long Yun und Hu Ju Su. Die beiden seien mit ihren Truppen bis dicht vor die Hauptstadt von Yünnan angerückt. In diesem Augenblick habe der französische Konsul aus Besorgnis für das Leben und das Eigentum der Fremden eine Vermittlungsaktion unternommen.

Es sei ihm gelungen, die militärische Operation zum Stillstand zu bringen. Der Gouverneur Tang Ki Tak habe mit seinen hauptsächlichen Mitarbeitern freien Abzug erhalten. Die in der Provinzpresse verbreitete Nachricht, daß Yünnan vollkommen zur Kantonregierung übergegangen, sei praktisch nicht richtig, weil die beiden Generale Long Yun und Hu Ju Su sich nicht vollkommen einig seien. Long Yun wünsche den alten Gouverneur bezubehalten, während Hu Ju Su für vollkommenen Anschluß an Kanton sei. Der französische Konsul mache verzweifelte Anstrengungen, um den Ausbruch eines offenen Konflikts zwischen den beiden Generalen zu verhindern.

Das englische Kabinett in Alarmbereitschaft

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 14. April

Die China-Expedition macht sich unangenehm für die englischen Minister bemerkbar. Der völlig überarbeitete Baldwin hat von seinen Aerzten Hausarrest in Chequers verordnet bekommen und, wie sich ein Blatt ausdrückt, sollen alle an China unbeteiligten Ministerkollegen, die die Mehrheit im Kabinett bilden, Chamberlain beauftragt haben, während der Ostertage sich nicht aus dem Schatten des Foreign Office zu entfernen, während die andern Minister sich nur das schwere Opfer auferlegt haben, ihr längeres Osterwochenende nicht weiter als eine halbe Automobilsegreise von London entfernt auszudehnen, damit jederzeit ein beschlußfähiges Kabinett zusammentreten kann.

Osterpause in Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 14. April

Die vorbereitende Abrüstungskommission hat sich heute vormittag auf Donnerstag, den 21. April, vertagt. Vorher brachte der belgische Delegierte, Senator de Brocqueville, der im Einvernehmen mit Lord Robert Cecil das Bestreben zeigt, die Konferenz nicht völlig ergebnislos auseinanderlaufen zu lassen, den Antrag ein, die noch nicht beratenen Kapitel der vorliegenden Konventionsentwürfe in folgender Reihenfolge zu behandeln:

1. die Abweichungen, die in bestimmten Fällen von den Regeln der Konvention gemacht werden sollen,
2. die Frage des Austausches der Informationen und der eventuellen Zentralstelle, die sie sammeln soll . . .
3. die Art der Ratifikation,
4. alle anderen verbleibenden Fragen, wozu natürlich auch die Kontrollfrage, die Präambel usw. gehören würden.

Um seinem Vorschlag gegenüber der passiven Resistenz der französischen Delegation mehr Nachdruck zu geben, verwies der belgische Senator heute sogar auf die kürzlich von Paul-Boncour zugestandene Tatsache, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages und des Völkerbundpaktes durch die Präambel zum fünften Teil des Vertrages und den Artikel 8 der Völkerbundsatzung die feierliche moralische und juristische Verpflichtung übernommen haben, eine Begrenzung und Herabsetzung ihrer Rüstungen vorzunehmen.

Nach längerer Debatte wurden die Vorschläge Brouckères angenommen, und die Kommission ging in die Osterpause.

Gegen die Doppelbesteuerung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 14. April

Gestern abend hat der in London tagende Ausschuß von Steuersachverständigen, der auf Veranlassung des Völkerbundes die Frage der Doppelbesteuerung geprüft hat und in dem Deutschland durch Dr. Dorn vertreten war, seine Arbeit abgeschlossen. Der Ausschuß schlägt den im Völkerbund vertretenen Regierungen zwei Konventionsentwürfe vor, wie die Doppelbesteuerung vermieden werden soll. **Länder, die Einkommensteuer und Nachlaßsteuer an der Quelle erheben, sollen dies in Zukunft bei ausländischen Besitzern ihrer Staatspapiere unterlassen.** Zu zwei weiteren Konventionsentwürfen werden Vorschläge gemacht, wie die Staaten sich gegenseitig Rechtshilfe gewähren können bei dem Eintreiben von Steuerforderungen gegen Personen, die in kurzen Zwischenräumen zur Bewirkung der Steuerflucht ihren Wohnsitz wechseln.

Zur Tagesgeschichte

Hergts Schlappe im Reichsrat

Die Annahme der preußischen Anträge zum Strafgesetzentwurf, die im Reichsrat mit 37 gegen 30 Stimmen erfolgte, stellt unzweifelhaft eine Schlappe der Reichsregierung dar. Die Niederlage ist dem Justizminister Dr. Hergt anscheinend überraschend gekommen. Er war sicherlich von vornherein darüber unterrichtet, daß vier preußische Stimmen (für Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien) gegen die Anträge der preußischen Staatsregierung auf Uebernahme von zwei Bestimmungen des Republikschutzgesetzes in das neue Strafgesetzbuch abgegeben werden würden; und er wußte, daß auf die badische Regierung in dem Sinne eingewirkt worden war, von einer Unterstützung der preußischen Anträge abzusehen. Trotzdem ein Mehr von 7 Stimmen für die Forderung Preußens, den Schutz der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform gegen öffentliche Beschimpfung und die Verfolgung staatsfeindlicher Verbindungen im neuen Strafgesetzentwurf sicherzustellen! Die wichtigste Unterstützung für die Anträge Preußens kam gestern von Sachsen.

Die Mehrheit des Reichsrates war über die Erklärung des Justizministers, die namens des Reichskabinetts abgegeben worden war, verstimmt. Sie vermochte nicht einzusehen, warum es dem Reichskabinett nicht möglich sei, eine sachlich inhaltreichere Erklärung abzugeben. Zugegeben, daß die in den preußischen Anträgen behandelten Fragen nur einen Ausschnitt aus dem Fragenkomplex des Republikschutzgesetzes enthalten — kein Mitglied des Reichsrates hat von der Regierung erschöpfende Darlegung über eine kommende Vorlage betreffend die Verlängerung des Republikschutzgesetzes erwartet. Was der Reichsrat, was vor allem Preußen hören wollte, war die bestimmte formelle Zusage des Reichskabinetts, daß die Geltungsdauer des Republikschutzgesetzes wenigstens in seinen wichtigsten Bestimmungen werde verlängert werden. In welcher Form, das war eine Frage zweiten Ranges. Diese prinzipielle Erklärung herbeizuführen, war auch Sinn und Zweck des Schreibens, das der preußische Ministerpräsident vor einigen Wochen an den Reichskanzler gerichtet hat.

Es wird immer wieder versichert, daß das vierte Kabinett Marx zu dem Beschluß des dritten Kabinetts Marx stehe, das Republikschutzgesetz zu verlängern und eine eventuelle Rückkehr des Exilanfers nach Deutschland unmöglich zu machen. Man behauptet, daß auch die deutschnationalen Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt haben. Umso unverständlicher ist das Zögern, eine unmißverständliche Erklärung im Reichstage und im Reichsrate abzugeben. Man kann sich dieses Zögern nur so erklären, daß die deutschnationalen Minister in Vorlegenheit darüber sind, wie sie ihrer Partei die Zustimmung zu der Verlängerung eines Republikschutzgesetzes begreiflich machen sollen, dessen Aufhebung sie jahrelang als Opposition gefordert haben. Die deutschnationalen Minister sind in einer argen Verlegenheit; sie möchten das erste praktische Bekenntnis zur Republik solange hinauszuögern, als es eben geht. Aber das Gesamtkabinett kommt dadurch, daß es den taktischen Wünschen der Deutschnationalen Rechnung trägt, beinahe selbst in Schwierigkeiten. Der gestrige Beschluß des Reichsrates bedeutet für die Regierung staatsrechtlich keinen Zwang, ihren Entwurf zu ändern, sie kann ihn so vor den Reichstag bringen, wie er im Kabinett beschlossen worden ist, und sie ist lediglich gehalten, das abweichende Votum des Reichsrates dem Reichstage zur Kenntnis zu bringen. Politisch aber bedeutet das Abstimmungsergebnis im Reichsrate zweifellos eine Schlappe der Reichsregierung, die sie den Deutschnationalen zu verdanken hat, und die im Reichstage nicht ohne Wirkung bleiben kann, denn die Mehrheit des Reichstages ist zweifellos der gleichen Auffassung wie der Reichsrat: daß es für das Kabinett in der Zeit sei, klipp und klar zu sagen, daß und unter welcher Form die wichtigsten Bestimmungen des Republikschutzgesetzes bestehen bleiben sollen.

Die Personalveränderungen

Die bekanntgegebenen und noch geplanten personellen Veränderungen im Reichsministerium des Innern, die mit der Kursänderung im Reiche zusammenhängen, haben eine große Zahl von Meldungen über politische Personalveränderungen in den anderen Zentralstellen des Reiches hervorgerufen, die meist auf Erfindung beruhen. Reichskanzler Marx, der seinen Osterurlaub bereits angetreten hat, und die Ende April im Badischen bleibt, wird vermutlich sehr überrascht gewesen sein, als er las, er wolle sich vom Staatssekretär Dr. Pünder trennen, der gleichzeitig mit ihm seinen Urlaub angetreten hat und nach Sizilien gereist ist. Und der Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin, der in der Schweiz auf Urlaub ist, wird nicht weniger überrascht sein, zu hören, daß er im Mai zur Disposition gestellt werden soll. Es ist Brauch geworden, daß der Staatssekretär der Reichskanzlei und der Reichspresse-